



Care-Ökonomie? Offene Fragen und politische Implikationen

Mascha Madörin und Tove Soiland im Gespräch

Vorbemerkung der Redaktion

Die im- und explizite Beschäftigung mit Fragen der Care-Ökonomie innerhalb des Denknetzes ist in den vergangenen Jahren immer wieder von den Arbeiten der feministischen Ökonomin Mascha Madörin inspiriert worden. So ist es nur folgerichtig, in einem Schwerpunktband zu Care den Einfluss Madörins auf politische und akademische Debatten in der Schweiz und auch darüber hinaus zu würdigen. Doch der nachfolgende Text, ein redaktionell bearbeitetes Interview, beansprucht weitaus mehr: Er spitzt Fragen und Widersprüche zu, die unserer Meinung nach in der derzeitigen regen akademischen und politischen Debatte zu Care wenig bis gar nicht thematisiert werden, die aber hinsichtlich der politischen Implikationen von Care entscheidend sind.

Das Interview führten für die Redaktion Iris Bischel und Holger Schatz. Begleitet wurde die Debatte von Tove Soiland, die wir als ausgewiesene Kennerin der Care-Debatte, aber auch des Werks von Mascha Madörin miteingeladen haben.

Redaktion: Mascha, gerne würden wir einen Einstieg in die Debatte über Care-Ökonomie anhand einiger deiner biografischen Bezüge wählen.

Mascha Madörin

ist Ökonomin. Sie arbeitete als Beraterin und Forscherin zu geschlechtergerechten Staatsfinanzen. Gegenwärtig forscht und unterrichtet sie zu feministischer Wirtschaftstheorie, insbesondere zur politischen und sozialen Ökonomie von Care und zur Gesundheitsökonomie.

Tove Soiland

ist Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten und führt beim VPOD Zürich regelmäßig Seminare zu politischer und feministischer Theorie durch. Sie arbeitet und publiziert im Bereich feministische Theorie, Psychoanalyse und Marxismus.

Mascha Madörin: Es gibt zwei Pole, zwischen denen sich meine Schaffenszeit immer wieder einordnen lässt: Zum einen die Theoriegeschichte und zum anderen die Geschichte meiner Empörung als Frau. Feministische Ökonomin zu sein ist nichts Selbstverständliches. Im westeuropäischen, kontinentalen Kontext und in einem linken Kontext kommt das quasi einem intellektuellen Selbstmord gleich, weil es ja nicht so einfach ist, eine so junge Theorietradition



mit so vielen offenen Fragen gegenüber den ewig paternalistischen Genossen und Besserwissern zu verteidigen.

Meine Mutter erzählte mir immer von ihrer Geschichte: Sie wuchs in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts in einem Haushalt mit zehn Kindern auf. Die Mädchen machten mit der Mutter die Haus-, Garten- und Heimarbeit, hatten am Sonntag von 14 bis 16 Uhr frei, bekamen einen Viertel des Sackgeldes ihrer Brüder und durften keine Berufsausbildung machen. Das Erzählen meiner Mutter war praktisch meine erste Lektion in Ökonomie. Es ging um Zeit und Geld, Ausbildung und Erben. Meine Mutter hatte eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die damals in der Frauenbewegung zur Forderung nach einem anderen Eherecht führte, das in der Schweiz erst 1988 in Kraft trat. Es basiert auf der Vorstellung, dass alle im Haushalt zur Existenz der Familie beitragen, sei es mit einem Erwerbseinkommen oder mit unbezahlter Arbeit, und dass am Ende das Ergebnis unter allen gleich aufgeteilt wird. Auch die Freizeit!

1966 habe ich ein Ökonomiestudium angefangen und in Entwicklungsökonomie sowie Geschichte und Methode der Volkswirtschaftstheorien abgeschlossen. Das war eine fruchtbare Zeit: Es gab damals alles, von den neoklassischen, keynesianischen, institutionalistischen zu marxistischen Ansätzen. Demgegenüber sehe ich heute unter ÖkonomiestudentInnen und ÖkonomInnen eine ziemliche theoretische Unbedarftheit. Die beiden kritischen Ansätze wie Marxismus und Institutionalismus werden kaum beachtet. Der heutige Keynesianismus im deutschen Sprachraum überzeugt mich nicht, weil er weitgehend »realökonomisch« argumentiert und von seiner grossen Stärke, nämlich Keynes Theorie von Finanzkrisen und damit verbundenen Wirtschaftskreisläufen, abstrahiert. Dann habe ich gejobbt, in einer Grossbank, in einem privaten Forschungsunternehmen, beim Staat, in einem Industriebetrieb. 1973 ist mein Sohn geboren.

Anfangs 1976 ging ich nach Mosambik, ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeit, was aus drei Gründen besonders wichtig war: Zunächst habe ich dort an der Uni und darüber hinaus viele politisch engagierte Beschäftigte und Intellektuelle – auch aus Europa – getroffen, die sich irgendwie für links und marxistisch hielten. Es gab da alle möglichen Leute, unglaublich viele kontroverse Diskussionen und eine grosse Aufbruchsstimmung – ein richtiges Vergnügen, das einem auch die Ehrfurcht vor einer eindeutigen Interpretation des Marxismus und der wahren revolutionären Generallinie austrieb. Als zweites arbeitete ich in einem Forschungsprojekt, wo ich analytisch sehr viel lernen konnte. Es ging dabei um die Verschränkung der kleinbäuerlichen Ökonomie (85 Prozent der Menschen arbeiteten in diesem Bereich) und der Wander-



arbeit vor allem im südafrikanischen Bergbau. Das andere Forschungsprojekt befasste sich mit dem informellen Sektor in der Hauptstadt Maputo und vor allem mit der Situation der Frauen. Das alles wurde für mich eine wichtige Voraussetzung für die spätere Einsicht, dass die Care-Ökonomie auch unter kapitalistischen Bedingungen in den unterschiedlichsten Konstellationen organisiert sein kann. Drittens war es in diesen Forschungsvorhaben selbstverständlich, dass Frauen als eigenständige wirtschaftliche Akteurinnen wahrgenommen wurden. Meine Forschungsdirektorin war eine hervorragende Soziologin und Theoretikerin, ein führendes ANC-Mitglied und Feministin.

Als ich anfangs 1980 in die Schweiz zurückkehrte, habe ich von der Debatte über Lohn für Hausarbeit nur wenig mitbekommen. Für mich waren dann die Arbeiten der sogenannten Bielefelderinnen um Maria Mies zur Analyse der Subsistenzökonomie wichtig. Sie hatten als Oberbegriff nicht Kapitalismus gewählt, sondern Gesellschaftsformation. Sie wurden als falsche Marxistinnen verhöhnt, obwohl es auch schon in den 1970er-Jahren ähnliche Ansätze bei französischen Anthropologen gab, die sich auf marxistische Ansätze beriefen.

Redaktion: Wie erklärt sich diese Abwehr?

Tove Soiland: Die Angriffe auf die Bielefelderinnen waren im Kern eine Abwehr der von ihnen geleiteten Analysen. Die Argumente waren fadenscheinig, etwa der, dass sie die Subsistenz verklären würden. Dabei ist es umgekehrt: Ihre Hauptaussage lautet, dass die von ihnen so bezeichnete Subsistenzproduktion gerade nicht das Gute und Andere der kapitalistischen Produktion ist, sondern dessen integrale Voraussetzung und damit von dieser bestimmt und kontrolliert. Die Abwehr sehe ich darin, dass viele Marxisten nicht glauben wollen, dass es neben der von ihnen so hoch geschätzten Mehrwertausbeutung eine andere Ausbeutung gibt, volumenmässig vermutlich sehr viel grösser und für das Fortbestehen des Kapitalismus bedeutsamer – nämlich die Ausbeutung der und in der Subsistenzproduktion. Das Thema wird jetzt gerade »neu erfunden« in der ganzen Diskussion um Neue Landnahme. Das alles sagten die Bielefelderinnen schon in den 1970er-Jahren.

Mascha Madörin: Ich habe den Ansatz von Maria Mies fruchtbarer gefunden als die Hausarbeitsdebatte, weil Mies grundsätzlich von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ausging und nicht nur von einem Aspekt, nämlich der Ausbeutung und ihrem Zusammenhang zur kapitalistischen Akkumulation. Das ist eine der Fragen, die mich interessiert, aber nicht die einzig wichtige.



Redaktion: Kannst du das bitte präzisieren, denn die Hausarbeitsdebatte wollte das ja genauso.

Mascha Madörin: Nein, mein Erkenntnisinteresse ist breiter. Ich denke mir den Zusammenhang zum Kapitalismus auch anders. Die Debatte über Haushaltsarbeit war meiner Ansicht nach eine spezifische Antwort auf die fordistische Phase der Akkumulation mit ihrer Dominanz der Massengüterproduktion, die dann sozusagen im Haushalt durch Frauen in Lebensstandard umgewandelt wurde. Die Vorstellung, es gebe eine Gesamtausbeutung der unbezahlten Arbeit, die dem Kapitalismus zugrunde liegt, halte ich für problematisch. Mich interessiert, wie in einer Gesellschaft die Arbeit organisiert ist, die dem täglichen Überleben und angenehmen Leben dient, nicht nur der Reproduktion der ArbeiterInnen. Es gibt verschiedene Ausbeutungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse. Die Care-Ökonomie hat eine eigene Geschichte in dieser Hinsicht.

Nach meiner Rückkehr in die Schweiz waren die Aktionen Südafrika-Boycott und Finanzplatz Schweiz wichtig für mich. Dort konnte ich, ohne mich ständig als feministische Ökonomin outen zu müssen, als kompetente linke Ökonomin profilieren. Was die Ökonomie angeht, lernte ich sehr viel aus den Debatten internationaler Netzwerke. Wichtig war Ende der 1980er-Jahre die Debatte um internationale Schuldenlase, in der sich eine neue feministische Ökonomiedebatte entwickelte. In der Schweiz gründeten wir die Frauenkoalition zum IWF- und Weltbank-Referendum. International entwickelte sich eine neue feministische makroökonomische Debatte zu den Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik auf die Frauen als Produzentinnen, Hausmanagerinnen, Kinderbetreuerinnen, Pflegende und in Gemeinschaften (Communities). Ebenso wurden die Auswirkungen auf die bezahlte Arbeit der Frauen im Gesundheits- und Bildungswesen analysiert. Angelsächsische Ansätze der institutionellen Ökonomie spielen hier ebenso eine Rolle wie marxistische Ansätze. Das Ganze wurde dann »Reproductive Economy« und später zunehmend »Care Economy« genannt. Ich selbst habe die makroökonomische Analyse weitergeführt, indem ich die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zu analysieren begann.

Wichtig waren auch feministische Ökonominnen aus Indien, Mexiko und der Karibik, die gesagt haben: Wir müssen Einfluss auf makroökonomische Entwicklungen nehmen. In diesem Zusammenhang waren der Ansatz des Genderbudgeting wichtig und eben die Analysen der Auswirkungen auf die Care-Ökonomie.



In der Schweiz gelang es uns (u.a. Tove war damals auch dabei) dann tatsächlich, ein NFP-Projekt aufzugleisen. Das heisst, es gelang uns eben nicht wirklich – denn natürlich wurde das Projekt vom Nationalfonds abgelehnt mit der Begründung, es sei zu ökonomisch ausgerichtet ...

Tove Soiland: Es ging um die Frage, welche Auswirkungen die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen haben. Dieser Ansatz, dass makroökonomische Prozesse die Geschlechterverhältnisse beeinflussen, war neu. Er kam von Frauen aus dem Süden und musste hier überhaupt erst mal durchgesetzt werden. Gerade innerhalb der Linken war das fast unmöglich; ich denke zum Beispiel an die Kampagnen gegen den IWF Ende der 1980er-Jahre zurück, als wir das einforderten und eigentlich nur Unverständnis ernteten. Der Nationalfonds meinte dann, wir sollten ein ethnologisches Projekt einreichen, es ginge doch bei den Geschlechterverhältnissen primär um etwas Kulturelles...

Mascha Madörin: Letztlich geht es – und das ist die Erfahrung aus all der Zeit zusammengefasst – um die Kämpfe um die Definitionsmacht im Zusammenhang mit der Erklärung der Welt und der Interpretation des Kapitalismus und der Makroökonomie. Wer soll und darf die Diagnose für wen stellen? Während Marx eine Kritik der politischen Ökonomie aus der Sicht der Lohnabhängigen machte, kritisieren ich und andere feministische Ökonominen die politische Ökonomie aus der Sicht der bezahlten und unbezahlten Care-Ökonomie, in der Frauen rund drei Viertel der Arbeit verrichten. Eine Analyse ist hier nur möglich, weil Regierungen – auch die Schweiz – aufgrund der Beschlüsse der Frauenkonferenz in Beijing (1995) überhaupt begannen, Daten zur unbezahlten Arbeit zu erheben und deren monetären Wert zu berechnen. Bei uns wurde die erste Erhebung 1997 gemacht.

Am UNRISD-Projekt zur sozialen und politischen Ökonomie (2006–2009) und auch danach konnte ich nur dank eines Sponsorings für feministische Ökonomie arbeiten. Das UNRISD-Projekt zwang mich, die quantitativ verfügbaren Daten systematisch zu analysieren. Danach habe ich mich mit den Konzepten und der Brauchbarkeit von Marx' Reproduktionsmodell und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung befasst, wie sie von Keynes und seinen MitarbeiterInnen entwickelt wurde. Wie konnte ich die Care-Ökonomie in eine gesamtwirtschaftliche Sicht einbetten? Ich habe die unbezahlte Arbeit in der VGR dazugenommen und damit zu spielen begonnen, Grafiken konstruiert, um mein theoretisches Vorstellungsvermögen zu entwickeln. Es geht



auch um eine VGR, die die Care-Arbeit – bezahlt und unbezahlt – sieht und sie nicht nur als Teil der Produktion, sondern auch als Lebensstandard in Haushalten analysiert. Einerseits habe ich die unbezahlte Arbeit hinzugerechnet und andererseits den Dienstleistungssektor in zwei Sektoren geteilt: in einen Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen und in einen Sektor der anderen Dienstleistungsbranchen (wie Banken, Telekommunikation etc.).

Redaktion: Was bedeutet dieses »Dazunehmen«.

Mascha Madörin: Es ist ja nicht einfach nur ein Dazunehmen. Es ist ein Versuch, die ökonomische Bedeutung der Care-Ökonomie als Teil des Wirtschaftens zu verstehen: Wie viel ist der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit im Vergleich zur Lohnsumme, wie viel im Vergleich zu Steuereinnahmen, wie viel im Vergleich zu Konsumausgaben und zu Ausgaben für die soziale Sicherheit. Wieviel unbezahlte Arbeit wird für Kinder aufgewendet, wieviel für Pflegebedürftige (zehn Mal weniger!), wie viel für gesunde erwachsene Menschen (drei Viertel aller unbezahlten Arbeit!) Ich kam aus der Verwunderung nicht mehr raus. X-mal habe ich gedacht, das hätte ich mir so nicht vorgestellt – was immer am Anfang neuer theoretischer Überlegungen steht. Welche Austauschverhältnisse, welche Grössenverhältnisse, welche Wechselwirkungen? – darum geht es, und es braucht dazu sehr viel Forschung. Ich habe wochenlang Statistiken verglichen, so oder so ausgewertet, mir überlegt, ob es in dieser Form richtig ist – und bin immer wieder aufgeschreckt worden durch Grössenordnungen, die ich nicht erwartet hätte. Ich habe auch versucht die Verschiebungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit im Care-Sektor genauer zu analysieren.

Redaktion: Das ist ja in erster Linie ein notwendiges Sichtbarmachen des Ausmasses unbezahlter Arbeit.

Mascha Madörin: Nein, nicht nur. Der Versuch, die Grössenordnung adäquat zu erfassen, ist für jede Ökonomin wichtig, Teil des ökonomischen Denkens. Es besteht die Tendenz, über die unbezahlte Arbeit nachzudenken wie etwa über die Uhrenindustrie. Das Bruttoinlandprodukt betrug 2010 in der Schweiz rund 574 Milliarden Franken, das regulär ausgewiesene Arbeitnehmerentgelt 337 Milliarden und der monetarisierte Wert der unbezahlten Arbeit 413 Milliarden Franken. Es ist eben sehr viel, eine Grössenordnung, die zahlreiche ökonomische Fragen aufwirft, über die wir noch nie nachgedacht haben. Das ist der Ausgangspunkt,



um die Untersuchung von Wirkungszusammenhängen zwischen verschiedenen institutionellen Wirtschaftssektoren wie Staat, Finanzsektor, Haushalte, Non-Profit-Institutionen, Industrie und Landwirtschaft zu untersuchen. Es ist auch möglich, ökonomische Zusammenhänge innerhalb von Wirtschaftsbranchen zu untersuchen, zum Beispiel zwischen dem Konsum von Nahrungsmitteln und dem unbezahlten Aufwand für Mahlzeiten oder zwischen dem Zeitaufwand fürs Einkaufen und der Organisation des Detailhandels. Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens oder auch die Geschichte der Globalisierung sind für jede dieser Branchen anders.

Dann habe ich auch begonnen, den Zusammenhang zwischen der Finanzierung der Care-Ökonomie und der kapitalistischen Akkumulation in der Schweiz im Vergleich zu Schweden zu analysieren. Die Grössenordnung der unbezahlten Arbeit und ihre Heterogenität haben mich dazu gebracht, der Frage unterschiedlicher Arbeitsproduktivitäten und der Bezahlbarkeit des Massenkonsums genauer nachzugehen. Die linke Debatte zur Wichtigkeit der Kaufkraft ist viel zu generell und ignoriert, dass es sehr arbeitsintensive Branchen mit sehr hohem Lohndruck gibt und extrem wertschöpfende Branchen, in denen die Löhne sehr viel höher sein könnten.

Eine Nachfrage für Leistungen im Gesundheitswesen, für Bildung oder für Bio-Landwirtschaftsprodukte ist nur möglich, wenn ein Teil der Kosten kollektiv oder vom Staat getragen wird, weil sie die Leute sonst nicht bezahlen können. Das wirft neue Fragen zur Theorie öffentlicher Güter und Dienstleistungen auf. Und hier muss Keynes weiterentwickelt werden, denn bei ihm ging es tatsächlich um sehr produktive, durch technische Entwicklung rationalisierbare Arbeitsplätze. Jetzt geht es um die Kaufkrafteffekte von arbeitsintensiven und deshalb eben wenig »produktiven« Jobs im Care-Bereich oder in einer ökologischen Landwirtschaft. Man muss zwischen der Produktivitätsberechnung der Privatwirtschaft und dem Wohlstandseffekt – eine andere Art der Produktivität – der Care-Arbeit unterscheiden. Mit ihr lässt sich einfach nicht viel Gewinn machen, falls überhaupt, es sei denn der Staat organisiert, dass auch ein Privatspital profitabel sein kann. Was er gegenwärtig tut.

Ein weiterer Punkt ist, dass in den wirtschaftlich weit entwickelten Ländern gegenwärtig praktisch vor allem Erwerbsarbeitsplätze im Gesundheitswesen, im Detailhandel und im Freizeitbereich geschaffen werden. Wie die Arbeit im Gesundheitswesen oder in der Bildung künftig bezahlt wird, entscheidet wesentlich über die Kaufkraft in einem Land und über die Einkommensunterschiede.

Neben theoretischen Überlegungen, was denn das Besondere an der



Care-Ökonomie sei, bin ich überzeugt, dass wir analytisch nur weiterkommen, wenn wir Entwicklungen im Verlauf der Zeit analysieren und Länder miteinander vergleichen. Die UNRISD-Studie zur politischen und sozialen Ökonomie in acht Ländern, an der ich zur Schweiz mitgearbeitet habe, zeigte klar, dass die Care-Ökonomie je nach Land sehr unterschiedlich organisiert sein kann, eben mehr oder weniger auf Kosten der Frauen, miserabel bezahlter Angestellter oder Dienstboten. Die Kämpfe der neuen Frauenbewegungen haben in mehreren Ländern zu sehr verschiedenen Entwicklungen geführt. Deshalb habe ich beschlossen, mich auf den Unterschied zwischen Schweden und der Schweiz zu konzentrieren. Beide Länder sind sehr globalisiert, sie sind bevölkerungsmässig ungefähr gleich gross und haben ungefähr das gleiche Pro-Kopf-Einkommen. Ich fragte mich, wie Schweden als erfolgreiches kapitalistisches Land einen gut ausgebauten öffentlichen Care-Sektor finanzieren kann. Kann das die Schweiz nicht auch? In der Schweiz wird, gemessen an Schweden, sowohl für die obligatorische Pflegeversicherung (Staat und obligatorische Krankenkassen) als auch für Kinderkrippen und Kindertagesstätten sehr viel weniger ausgegeben.

Redaktion: Woher kommt das Geld?

Mascha Madörin: Im Fall von Schweden aus Steuern, vor allem aus Steuern der Haushalte und aus der Mehrwertsteuer. Es gibt ja mehrere Varianten der Geldzirkulation: Einerseits geht es in den Verwertungsprozess des Kapitals hinein und landet als Einkommen bei Kapitalisten, in Haushalten und beim Staat, andererseits gibt es aber auch Geldaustauschsysteme, die nicht über die Privatwirtschaft laufen.

Tove Soiland: Der Staat soll also für die Care-Arbeit einfach Geld drucken? Es gibt Geldaustauschsysteme, die nicht über die Privatwirtschaft laufen, einverstanden. Aber die Herkunft dieses Geldes, muss die nicht notwendig immer in der Produktion sein, wenn man nicht einfach eine Inflation hervorrufen will?

Mascha Madörin: Nicht notwendigerweise. Es braucht eine Geldökonomie, die vom Staat so organisiert wird, dass sie nicht von den Verwertungsprozessen der Privatwirtschaft abhängt. Letztlich läuft es über Steuern respektive kollektive öffentliche Versicherungssysteme.

Tove Soiland: Aber nochmals: Woher kommt das Geld und was ist mit der Inflation, die dann droht?



Mascha Madörin: Sicher ist, dass die Staatsausgaben heute der Privatwirtschaft keine Investitionsmöglichkeiten wegnehmen, wie das immer wieder von Neoliberalen erzählt wird. Heute sitzen Unternehmen und Banken auf massenweise Geld, das sie nicht mehr anzulegen wissen. Es fehlt an profitablen Investitionsmöglichkeiten.

Im Fall der USA wäre es angesichts der hohen Erwerbsarbeitslosigkeit sehr sinnvoll, dass der Staat sich mehr verschuldet, um Arbeitsplätze im Gesundheits- und Bildungswesen zu finanzieren. Solange Arbeit zusätzlich finanziert wird, droht keine Inflation. Vor allem dann nicht, wenn es Arbeitslosigkeit gibt. Nur wenn mehr Geld in den Händen der Haushalte ist, ohne dass damit Konsumgüter oder Dienstleistungen gekauft werden können, wird es problematisch. Es gibt nur Konsumgüter und Dienstleistungen, wenn sie produziert werden, wenn gearbeitet wird. Analysemodelle, die auch die Nachfrage des Staates im Care-Bereich miteinbeziehen, gibt es nicht. Aber sie müssen entwickelt werden.

Tove Soiland: Gleichwohl, ich verstehe das immer noch nicht. Ich präzisiere, was ich meine: Was mir in dieser Ausführung fehlt, ist die Frage, wie der Care-Sektor, der tatsächlich andere Finanzierungsmodalitäten als die privatwirtschaftlichen braucht, mit dem privatwirtschaftlichen Sektor verbunden ist. So wie du es darstellst, sind das zwei in der Tendenz voneinander entkoppelbare Bereiche oder Sektoren, und das glaube ich einfach nicht. Sonst hätte die Privatwirtschaft, sprich: die Wirtschaftvertreter und Kapitaleigner, doch gar keinen Grund, sich in den staatlich subventionierten Care-Sektor einzumischen und dort Sparmassnahmen zu fordern. Sie könnte, da ja auch sie wohlerzogene, gesunde und mit gutem Leben ausgestaffierte Menschen als Arbeitnehmer brauchen, diese Aufgabe getrost dem Staat überlassen und sich die Kosten dafür sparen. Warum ist der Care-Sektor der paradigmatische Ort für die einschneidendsten neoliberalen Restrukturierungen und beständiger Gegenstand von Spar-Rhetoriken? Haben die Neoliberalen einfach die falsche Geldtheorie? Ich spitze das jetzt mal etwas polemisch zu: So, wie du es jetzt sagst, könnte man sich fragen: Warum lässt man nicht den Staat für den Lebensstandard sorgen und entlastet die Privatwirtschaft von diesem teuren Projekt, damit sie in ihrem Bereich etwas Nützliches produzieren und gute Gewinne machen kann, oder jedenfalls Gewinne, die eine weitere Investition lohnenswert erscheinen lassen?

Mascha Madörin: Das ist es ja, was mich an Schweden interessiert: Die unterschiedliche Verschränkung von Privatwirtschaft und Care-Ökonomie. Ich denke, dass es hier eine Analyselücke gibt, auch was eine adä-



quate Geldtheorie und Theorie öffentlicher Finanzen anbelangt. Gegenwärtig sind diesbezüglich die Diskussionen international sehr kontrovers.

Redaktion: Also auch eine Ausweitung der Geldmenge?

Mascha Madörin: Ja sicher, seit ich lebe findet eine solche Ausweitung ständig statt, auch ausserhalb der profitorientierten Privatwirtschaft. Das Gesundheitswesen, die entsprechende Organisation der Abgeltungsweisen – nicht nur die Löhne und die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch das Konzept, was eine zu bezahlende Leistung sei –, das Zusammenspiel von Spitälern und Angehörigen, das alles ist für mich äusserst spannend, weil hier die Zukunft und auch Begrenztheit des Kapitalismus verhandelt werden kann. Es ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Gesellschaft.

Tove, ich möchte dich noch etwas fragen: Woher kommt deiner Ansicht nach der intellektuelle Widerstand gegen das Reden über Care-Ökonomie, nicht nur in der Linken?

Tove Soiland: Du meinst, die Verknüpfung von Care mit Ökonomie, also Care als ein genuin ökonomisches Problem? Das ist eine gute Frage... Ich denke, wir müssten uns vermehrt damit beschäftigen, wie wir überhaupt zur Ansicht gelangt sind, dass wir heute ein sogenanntes Care-Problem haben. Dazu ist ein historischer Rückblick nötig. Ich glaube, es ist auch im feministischen Bewusstsein nicht mehr präsent, dass diese Arbeit vor der Industrialisierung nicht ein abgesonderter Bereich der Ökonomie war. Sie war vielmehr eingebettet, eingelagert in eine allgemeine Produktion der materiellen Existenz. Dass es ein abgetrenntes Care-Problem gibt, dass Care als eigenständiger Wirtschaftsbereich organisiert werden muss, wie das heute der Fall ist, das ist, glaube ich, ein historisch neues Phänomen.

Ich denke, dass die heute vorherrschende Art, über Care zu sprechen – nämlich als ein Problem des Sozialen, Ethischen, Kulturellen –, auch eine Abwehr gegenüber der ökonomischen Enteignung von Care-Ressourcen ist, die diese Ab- und Aussonderung des Care-Bereichs innerhalb der Ökonomie nach sich zog und zieht. Und diese Enteignung erscheint in keinem Modell, weder in der marxistischen Ausbeutungstheorie noch in der heutigen Diskussion um die sogenannte Neue Landnahme, wie sie von Harvey und anderen angestossen wurde. Diesen Bereich als Ökonomie zu bezeichnen, würde die Kränkung, die diese Enteignung eigentlich bedeutet, sehr viel spürbarer, ja vielleicht uner-



träglich machen. Wenn wir das aber als ein ethisches Problem übersetzen, haben wir vermeintlich die Möglichkeit, diesem Problem mit etwas gutem Willen zu begegnen, es privat zu lösen, zum Beispiel, indem wir unsere Partner freundlich bitten, doch auch etwas mehr Geschirr zu spülen und seine Socken selber zu versorgen. Es ist einfacher, ein ethisches Problem zu haben, als über eine Enteignung in einem Bereich nachzudenken, in dem es um materielle Ressourcen, um Zeit geht, die ganz unmittelbar unsere nächsten Bindungen und unser intimstes Leben tangieren.

Analog dazu ist es wohl auch für einen Marxisten und seine gewohnte Weise der Welterklärung kränkend, verstehen zu müssen, dass die ökonomischen Probleme heute nicht mehr primär in der Ausbeutung von industrieller Lohnarbeit liegen. Das revolutionäre Subjekt ist also nicht mehr der männliche Lohnarbeiter. Es gibt ein völlig neues Subjekt, das massenhaft neu entstehende – ich möchte eben nicht sagen: Proletariat – der Care-Arbeiterinnen, für die es noch keine Konzepte und auch keinen Namen gibt. Die Weigerung von Männern, Care der Ökonomie zuzuordnen, hat meiner Meinung nach genau damit zu tun, dass im heutigen Kapitalismus nicht mehr der ökonomische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zentral ist, sondern der Widerspruch zwischen den wertschöpfungsstarken und daher für das Kapital immer noch interessanten Sparten der Wirtschaft und den wertschöpfungsschwachen Sparten der Care-Ökonomie.

Redaktion: Aber es gab doch immer auch Ansätze – zugegeben von der traditionellen Linken eher verdrängt –, immer auch Kritik an der Lohnarbeit, die sich nicht so sehr an der Ausbeutung der Mehrarbeit festmachten, sondern Lohnarbeit als zwanghafte Form menschlicher Existenz begriff, in deren Schatten alles, was sich ›nicht rechnet‹, was nicht ›aufgeht‹ – oder eben das Nichtidentische der Kritischen Theorie – abgespalten wird. Diese Ansätze nehmen ja genau auch jenen historischen Prozess der Einbettung, den Tove, angesprochen hat, in den Blick, ohne ihn zu verklären.

Tove Soiland: Für mich geht es aber nicht um einen ganzheitlichen Ökonomiebegriff, sondern um die Frage von Ausbeutung und Enteignung. Es ist nicht die Lohnarbeit an sich, die ich problematisch finde, sondern der Umstand, dass ein Teil der Lohnarbeit im Kapitalismus auf einer Produktionsweise basiert, von der er stillschweigend lebt, ohne mit ihr rechnen zu müssen. Das gilt auch dann, wenn diese Arbeit prekär entlohnt oder eben hausfrauisiert wird. Das heisst, wenn eine Care-Arbei-



terin zwar lohnwerbstätigt ist, aber mit ihrem Lohn ihre eigene Reproduktion in keiner Weise decken kann, obwohl oder gerade weil sie mit ihrer massiv unterbezahlten Lohnarbeit die Reproduktion anderer verbilligt. Das Verhältnis dieser beiden würde ich ungern als ein Problem des Identischen respektive Nichtidentischen bezeichnen – es geht ganz einfach um Ressourcen, die weggenommen werden.

Mascha, ich glaube, die Vorstellungen von Keynes waren bedeutsam für eine ganz bestimmte Epoche, in der es darum ging, genug Kaufkraft zu schaffen, damit es eine Nachfrage für Güter der Massenproduktion gibt, auf deren Expansion das goldene Zeitalter des Fordismus basierte. Diese Konstellation, wie sie in den Nachkriegsjahrzehnten herrschte, ist heute aber nicht mehr gegeben, weil Konjunkturprogramme heute in einen Bereich investieren müssten, an dem die Privatwirtschaft kein Interesse hat, da sich hier kaum Gewinne erzielen lassen. Für mich stellt sich die Frage, ob die Care-Krise – das heisst, die massive Unterfinanzierung, an dem dieser Sektor leidet – tatsächlich innerhalb des Kapitalismus überwunden werden kann. Wenn man den Care-Sektor finanzieren wollte, würde das unweigerlich eine Abschöpfung des Mehrwerts bedeuten, die dem Kapital abgerungen werden müsste, ohne dass diese Abschöpfung – wie im Fordismus – aus der steigenden Mehrwertmasse der Güterproduktion, also quasi »ohne Verluste«, kompensiert werden könnte.

Mascha Madörin: Deine These der Abschöpfung des Mehrwerts ist meiner Ansicht nach ein Fehlschluss aus Marx' Denkmodell. Ich glaube nicht mal, dass Marx diese Ansicht so eindeutig vertrat. Er tat das hinsichtlich des Handels mit Gütern, nicht aber der Arbeit im Bildungs- und Gesundheitssektor. Das hat ihn nicht interessiert, dieser Bereich war ja damals auch sehr viel kleiner. Deine These geht von der irrigen Ansicht aus, dass die Zirkulation des Geldes nur möglich ist, wenn die Privatwirtschaft investiert und Mehrwert erzeugt wird. Bei meiner Argumentation geht es um die Ankurbelung der wirtschaftlichen Tätigkeiten, die nicht dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterliegt. Der so entstehende Kreislauf des Geldes folgt anderen Gesetzmässigkeiten. Es gibt schon längst eine geldzirkulierende Ökonomie, die nicht über die Privatwirtschaft läuft.

Tove Soiland: Aber woher kommen die Löhne der Staatsbeamten, wenn nicht aus steuerlicher Abschöpfung des Mehrwerts aus den Unternehmen?



Mascha Madörin: Der grösste Teil der Staatseinnahmen stammt aus Steuereinkommen der Haushalte und der Mehrwertsteuer. In Schweden ist das noch stärker der Fall. Hier braucht es eben eine neue feministische keynesianische Geld- und Fiskaltheorie. Selbst Marx war in der Geldtheorie schwankend, ziemlich widersprüchlich. Dennoch war er der erste, der mit seinem Reproduktionsmodell makroökonomische Kreisläufe zu untersuchen versucht hat. Hier müssten wir noch etliches diskutieren. Ich bin der Meinung, dass es hier sehr interessante Anknüpfungspunkte zu meinen Überlegungen der Produktivität, Preise und Löhne gäbe.

Redaktion: Aber woher kommt die Kaufkraft des Staates? Der absolutistische Staat hat sein Geld durch Raubzüge erobert, woher soll der heutige Staat sie nehmen? Auch das Abzapfen von Mehrwertsteuern kann letztlich nur gelingen, wenn es eine Produktivität der Privatwirtschaft gibt.

Mascha Madörin: Der absolutistische Staat hat nicht Geld erobert, er hat geplündertes Gold zu Geld erklärt. Im Übrigen hat auch die sozialistische Wirtschaft die Produktivität in den industriellen Sektoren erhöht. Darum geht es nicht, sondern um das – auch im Staatssozialismus existierende – Problem der Proportionen von sehr produktiven und sehr arbeitsintensiven Sektoren einerseits und Einkommen und Konsumwünschen der Haushalte andererseits sowie den damit verbundenen Geldströmen, die zum Teil in Haushalten, zum Teil beim Staat und zum Teil in den Industriebetrieben oder Spitälern landen müssen. Industriebetriebe müssen umgekehrt nicht nur über Geld verfügen, sondern auch die geeigneten Maschinen kaufen können etc. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung versucht all diese Kreisläufe der Realwirtschaft und des Geldes abzubilden. Die Denkmodelle der sozialistischen Planwirtschaft hatten sehr viele Ähnlichkeiten mit diesem Konzept. Dieses Konzept war ein grosser Fortschritt im ökonomischen Denken, und sein Charme wird erst jetzt, anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrise, langsam wieder entdeckt. Aus dieser Sicht sind Staatsschulden, Schulden von Haushalten, von Unternehmen und von Banken ökonomisch sehr verschiedene Dinge.

Redaktion: Was aber, wenn die neuen Theorien letztlich zum Schluss kommen, dass es nicht funktioniert? Wenn die Reorganisation der Geldströme doch eine Umverteilung darstellt? Und wenn es um Geld ausserhalb des Verwertungskreislaufes geht, dann wäre es ja kein Kapital,



sondern tatsächlich einfach ein technisches Instrument, ein Stück Metall oder Papier.

Mascha Madörin: Marx hat zwischen Geldkapital und Kapital in Form von Maschinen und Fabrikgebäuden unterschieden. Auch Geldkapital ist so, wie du es siehst, nur Metall oder Papier, wenn der Staat nicht dafür sorgt, dass Geldkapital oder Bankenkredite in Investitionen in Fabrikgebäude und Maschinen, die in der Zukunft Erträge erbringen, oder in Löhne umgewandelt werden können. Geld ist ein allgemein anerkannter Abrechnungsmodus für Schuldner und Gläubiger, für den Austausch und für Investitionen in zukünftige Erträge. Ohne entsprechende staatliche Regulierung würde es kein Geld im kapitalistischen Sinne geben, kein Geldkapital, das angehäuft werden kann. Aber das ist wirklich eine andere Diskussion, und dazu habe ich noch wenig gearbeitet. Doch so viel ist mir jedenfalls klar: Erstens gibt es heute verschiedene Kreisläufe von Geld mit unterschiedlichen ökonomischen Logiken. Zweitens braucht es in der Tat eine Debatte über die Geldtheorie, in der über die institutionellen Voraussetzungen verschiedener Geldsysteme geredet werden muss. Drittens gibt es sehr verschiedene Geldtheorien, Keynes hatte eine andere als Marx. Von den Neoklassikern und Neoliberalen nicht zu reden.

Redaktion: Das wäre ja ein neues Forschungsprogramm, das auch die Frage der Inflation, der Staatsverschuldung integriert. Und dann geht es auch um die Frage, auf welchen Voraussetzungen beispielsweise das Modell der Schweden beruht, das starke Exportindustrien hat und von globalisierten makroökonomischen Ungleichgewichten profitiert. So nimmt gerade der deutsche Staat enorm viel neues Geld via Steuern ein, das aus dem Exportboom kommt, um damit neue Kitas zu bauen.

Mascha Madörin: Der Ausbau der Kitas in Deutschland hat offensichtlich Grenzen, und die Alterspflege ist noch mieser finanziert als bei uns. Der deutsche Staat sollte schon längst sehr viel mehr ausgeben und für höhere Löhne sorgen, um die Eurozone vor unheilvollen Ungleichgewichten zu retten. Im Übrigen ist dein Globalisierungseinwand ein Kilerargument, das du auch im Fall der Forderungen für ein Grundeinkommen oder einen Minimallohn formulieren könntest. Je kleiner der Exportsektor ist, desto wichtiger ist es, Geldkreisläufe zu organisieren, die nicht direkt dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterliegen und auch ohne Gewinn und Wachstum von Überschüssen funktionieren. Das wird eine grosse Aufgabe der Zukunft sein. Kapitalisten inve-



stieren nur in rentable Betriebe. In der Debatte zum Grundeinkommen lautet eines meiner Gegenargumente, dass diese nichtkapitalistischen Geldkreisläufe mit der Finanzierung arbeitsintensiver Produktion und Dienstleistungen gekoppelt sein sollen. Mit dem Geld könnte neben Care-Arbeit auch arbeitsintensive, ökologische Arbeit finanziert werden. Das hat nicht zwingend Auswirkung auf die Inflation.

Tove Soiland: Ich verstehe immer noch nicht: Wenn es Geldkreisläufe geben kann, die die privaten Profitinteressen nicht tangieren, warum hat dann die Privatwirtschaft überhaupt ein Interesse daran, dass der Staat sparen muss?

Mascha Madörin: Die Privatwirtschaft versteht sich heute selbst nicht mehr, und noch viel weniger versteht sie etwas von der gesamten Wirtschaft. Man muss nur die Studien von Avenir Suisse lesen, um festzustellen, wie wenig Neoliberale über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge wissen. Es gibt keinen vernünftigen Gesamtkapitalisten, hat es noch nie gegeben. Anlässlich der Finanzkrise von 2007 und vor Ausbruch der Eurokrise begann eine Debatte über das skandinavische Modell, zum Beispiel in der Financial Times und in anderen Publikationen, die sozusagen Weltmarktrenommé haben. Aber mit Beginn der Griechenlandkrise ist diese Debatte völlig verschwunden, auch mit dem politischen Aufschwung der Rechtskonservativen insbesondere in den USA. Die politische Entwicklung in dieser Sache ist fatal.